

Sven Ellmers: Die formanalytische Klassentheorie von Karl Marx. Ein Beitrag zur »neuen Marx-Lektüre«, Universitätsverlag Rhein-Ruhr Duisburg 2007, 128 S. (14, 95 €)

Der Bochumer Sozialwissenschaftler Sven Ellmers arbeitet in seinem Buch ein formanalytisches Klassenkonzept bei Marx heraus, das Antworten auf Fragen der qualitativen Reichtumskonstitution gibt und vom Forschungsprogramm einer empirischen Ermittlung von Reichtumsverteilungen zu unterscheiden ist. Zugleich zeigt er, dass weder der traditions-marxistische Topos der geschichtsphilosophischen Aufladung der Arbeiterklasse zum revolutionären Subjekt noch die im Umfeld der »Krisis« anzutreffende Depotenzierung des Klassenbegriffs zum drittrangigen empirischen Oberflächenphänomen der systematischen Intention des Marxschen Klassenbegriffs nahe kommt.

Zu diesem Zweck zeichnet Ellmers knapp und präzise die Marxsche Analyse der Formen des gesellschaftlichen Reichtums nach und betont, dass die Existenz des Werts als Form gesellschaftlich-ökonomischer Integration die Klassenspaltung in Eigentümer und Nicht-Eigentümer von Produktionsmitteln voraussetzt (S. 40). Erst durch dieses Klassenverhältnis hindurch könne der Wert sich erhalten und auf sich selbst beziehen. Erst durch seine Rückführung auf dieses Klassenverhältnis als seinen Grund könne er aber auch als *vermittelte* Form, entgegen den Mystifikationen des Kapitalfetischs (Kapital als sich auf sich selbst beziehende Sache, die vermittlungslos Wert aus Wert setzt), als historisch-spezifische *Form* der Vergesellschaftung der Arbeit begriffen werden.

Drei Aspekte unterscheiden Ellmers zufolge nun den formanalytischen vom empirischen Klassenbegriff. *Erstens*: Das Forschungsprogramm. Der formanalytische Klassenbegriff sei Element einer Konstitutionsanalyse sozialformationsspezifischer Reichtumsgestalten (S. 47). Er diene zur Erklärung derjenigen gegenständlich vermittelten und sich an Dingen darstellenden sozialen Verhältnisse, die das Wesen des Kapitalismus ausmachen. Dagegen

erfasse die empirische Sozialstrukturanalyse nur asymmetrische Reichtumsverteilungen auf der vorausgesetzten Grundlage der Wert-, Geld- und Kapitalform. *Zweitens*: Der Abstraktionsgrad. Während der formanalytische Ansatz auf der hohen Abstraktionsstufe des »idealen Durchschnitts« (Marx) der kapitalistischen Produktionsweise verbleibe und trotz der Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten, die die Grundunterscheidung weiter konkretisiere, eben nur die *ideale* Oberfläche, niemals aber die singular-realhistorische Ebene erreiche, fasse eine soziologische Klassenanalyse »räumlich und zeitlich eingegrenzte Merkmalsträger zu Gruppen zusammen ...« (S. 48). *Drittens*: Der Inhalt des empirischen Klassenkonzepts sei elastisch, da weder die in die Klassenbildung einzubeziehenden Ungleichheitsdimensionen (z. B. Produktionsmittel-, Geld- oder Bildungstitel-Besitz) noch deren quantitativer Aspekt als Grenzwert der vertikalen Unterscheidung zwischen Klassen eindeutig von den empirischen Verhältnissen festgelegt sei. Dagegen sei der im Rahmen der Ökonomiekritik gebildete Klassenbegriff »durch die formanalytische Theorieanlage *alternativlos* vorgegeben, da eine weitergehende Ausfächerung sozialer Klassen zu einer Konfundierung von kapitalistischer Kernstruktur und einer bestimmten kapitalistischen Entwicklungsphase führen würde« (S. 54).

Ellmers plädiert damit für eine Unterscheidung zwischen formanalytischem und empirisch-soziologischem Klassenbegriff und kritisiert ihre wechselseitige Auflösung in das eine oder andere Extrem. Er stellt fest, »dass die direkte und ausschließliche Operationalisierung formanalytischer Bestimmungen der Komplexität von Sozialsystemen ebenso wenig gerecht wird, wie die sukzessive Konkretisierung der Ökonomiekritik zu einer empirischen Untersuchungsanordnung dem formanalytischen Wissenschaftsprogramm« (S. 35). Während jene nicht nur falsche Schlüsse von nichtempirischen Kategorien der Klassenanalyse, wie z. B. der Unterscheidung von produktiven und unproduktiven Arbeitern, auf empirische Bewusstseinsformen der Akteure vornehme, sondern auch notwendig nicht aus den allgemeinen Formbestimmungen des Kapitals ableitbare

weitere ungleichheitsrelevante Merkmale wie Nationalität, Geschlecht, Prestige usf., vernachlässige, so verwische diese als modelltheoretischer Ansatz den Sinn formanalytischer Untersuchungen, weil sie deren abstrakte Kategorien als zwar didaktisch sinnvolle, aber begründungstheoretisch irrelevante, zunächst notwendig verkehrte *empirische* Begriffsraister ansehe. Hiermit werde aber das Ziel der Entwicklung eines allgemeinen Begriffs des Kapitals verfehlt.

Als formanalytische sei die Klassentheorie des »Kapital« allerdings nicht nur positive Aufweisung des sozialstrukturellen Grundes universeller Tauschverhältnisse, ihr sei auch das ideologiekritische Programm einer Rekonstruktion der Genese der diesen Grund im Bewusstsein der Klassensubjekte notwendig verstellenden Mystifikationen inhärent. Statt einer *Artikulation* des Klassenbewusstseins, so Ellmers, liefere das »Kapital« eine *Kritik* desselben (S. 24). Neben der ideologiekritischen Brauchbarkeit des formanalytischen Klassenbegriffs wird auch dessen Tauglichkeit für die Untersuchung von Arbeitslosigkeit und Politikform nachgespürt.

Ellmers' Arbeit bündelt in kenntnisreicher und extrem dichter Form die Perspektive einer neuen Marx-Lektüre auf die Klassenfrage und kann auch als Korrektiv für den häufig naiven soziologischen Bezug auf den Terminus »Klasse« in Marx' Werk dienen.

INGO ELBE

Antonio Gramsci: Amerika und Europa. Herausgegeben im Auftrag des Instituts für kritische Theorie von Thomas Barfuss.

Gramsci-Reader, Argument Verlag Hamburg 2007, 194 S. (14,90 €)

Das im Reader vorgelegte Material ist der neunbändigen (plus Registerband) Kritischen Gesamtausgabe der 29 »Gefängnishefte« von Gramsci (Argument Hamburg 1991 bis 2002) entnommen. Die Hefte entstanden zwischen 1929 und 1935. Der Reader stellt Texte aus zweiundzwanzig Heften vor; vollständig wiedergegeben ist das, Gramsci folgend (S. 49),

mit »Amerikanismus und Fordismus« betitelt Heft 22, welches Anfang 1934 entstanden sein dürfte.

Dem »neu erwachten Interesse an der Konstellation USA/Europa« Rechnung tragend (Barfuss, S. 7), versammelt die Auswahl die amerikanischen Studien zu fünf Abteilungen: 1. Vorüberlegungen; 2. Amerikanismus und Fordismus; 3. Die USA: Materialien und Reflexionen; 4. Amerikanismus und Fordismus in Europa; 5. Interventionen und Verknüpfungen.

Gramsci bewegte sich nicht im »Trend der Zeit«, das wirtschaftliche und kulturelle Vordringen der USA in (West-)Europa nach dem Ende des Ersten Weltkrieges euphorisch zu begrüßen oder entschieden abzulehnen – ihm ging es darum, welche Konsequenzen sich aus der »Amerikanisierung« Europas für den antihegemonialen Kampf des Proletariats ergeben.

Lenin wünschte sich für das russische Kommunikations- und Verkehrswesen preußische Post- und Eisenbahnverhältnisse, in den Fabriken den Taylorismus. Trotzki (»Europa und Amerika. Zwei Reden«, Berlin 1926) orientierte die Sowjetwirtschaft, von den Amerikanern die modernen Produktionsmethoden zu übernehmen. Er leitete aus der kapitalistischen Anwendung der in den USA entwickelten hocheffizienten Produktivkräfte eine beschleunigte Vertiefung des Widerspruchs zwischen ihnen und den Produktionsverhältnissen und damit das forcierte Herannahen der proletarischen Revolution zunächst in Westeuropa und danach in den USA ab.

Gramscis Herangehen und seine Schlüsse sind anders. Die »Spurensuche im widersprüchlichen Ineinander von Faszination und Geringschätzung, wie das Europa der 1920 und 30er Jahre den USA entgegengebrachte, kann bis heute als ein Lehrstück kritischer Analyse auf diesem Feld gelten«. (Barfuss, S. 7) Die Auswahl möchte »methodische Anregungen und Einsichten greifbar machen, die für die Fragestellungen heutiger Politik-, Sozial- und Kulturwissenschaften relevant sind. Indem Gramsci nach der Arbeit unter den Bedingungen eines sich auf neuer technologischer Stufen reproduzierenden Kapitalismus fragt, nach den Auswirkungen auf den Alltag der Menschen und nach ihrer Selbstverständigung in der Kultur, sind seine Antworten und Materialien aus heutiger Sicht zwar größten-

teils von historischem Interesse – seine Fragestellungen hingegen sind von ungebrochener Aktualität: Wie lässt sich die gegenwärtige Umwälzung der Arbeits- und Lebensweisen analysieren, wie die widersprüchliche Positionierung der Subjekte angemessen fassen? Auf welchen Ebenen wäre eine Analyse anzusetzen, die das sich wandelnde Verhältnis zwischen Amerika und Europa unter den Bedingungen einer neoliberal geprägten Globalisierung erkunden will? Wie könnte eine Politik des Kulturellen aussehen, die der Blockierung und Lähmung von gesellschaftlichen Kräften entgegenarbeitet, wie sie bei einem von oben eingeführten technologischen Fortschritt erzeugt wird?« (S. 7 f.)

Sicher ließe sich die Reihe der Fragen fortführen. Die von Barfuss aufgeworfenen verdeutlichen bereits, dass es der Publikation *auch* darum geht, Stellung zu beziehen gegen einen pauschalen Antiamerikanismus, der seit dem ersten Irak-Krieg 1991 nicht nur bei Vertretern der Rechten anzutreffen ist. Gramsci führt exemplarisch vor, dass es mit der Ablehnung US-amerikanischer Entwicklungen und Einflüsse in Europa (und in anderen Erdteilen wie auf dem amerikanischen Kontinent selbst) nicht getan ist.

Der Reader soll das Studium der »Gefängnishefte« nicht ersetzen, sondern dazu anregen. Es wäre hilfreich gewesen, die Texte stärker historisch einzuordnen durch eine Skizze von Leben und Werk Gramscis und der Entstehung der »Gefängnishefte«. Dass diese von den Gefängnisdirektoren abgestempelt und Gramscis Effekten zugeordnet wurden, beeinflusste den sprachlichen Duktus, die Terminologie (z. B. ist die Rede statt von »Marxismus« von »Philosophie der Praxis«), und erklärt wohl auch seine Zurückhaltung hinsichtlich politischer Schlussfolgerungen. Die in der Kritischen Gesamtausgabe vorgenommene Datierung der Hefte wurde nicht übernommen. Auch die Betitelung der Ausgabe ist erklärungsbedürftig: »Amerika« steht für die USA, »Europa« meint die entwickelten kapitalistischen Länder Europas, wobei Gramsci vorrangig auf Italien eingeht.

Unbeschadet dessen gilt auch für die Publikation: »Um bewegliche Fragestellungen und experimentelle Anordnungen im Zusammenspiel von sich entwickelnder Produktions-

weise und staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kämpfen zu erhalten, bleibt eine Rückbesinnung auf den Gramsci der Gefängnishefte deshalb nach wie vor nützlich und anregend.« (Barfuss, S. 23)

THOMAS MARXHAUSEN

Michael von Hauff (Hrsg.):
Die Zukunftsfähigkeit der
Sozialen Marktwirtschaft,
Metropolis-Verlag Marburg 2007,
396 S. (29,80 €)

Ein halbes Jahrhundert nach seiner Implementierung wird das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland kontrovers diskutiert. Im Fokus stehen dabei die Reformfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit des Modells sowie die Frage, ob dieses in der Vergangenheit durchaus erfolgreiche Modell auch unter den veränderten Bedingungen der Globalisierung und des demographischen Wandels noch effizient funktioniert. Der vorliegende Sammelband, der aus Anlass des 60. Jubiläums der *Wirtschaftspolitischen Gesellschaft* (WIPOG) entstand, versucht hierauf eine Antwort zu geben. Das Buch gliedert sich in vier Teile: Ideengeschichtliche Wurzeln, konzeptionelle Rahmenbedingungen, institutionelle und strukturelle Rahmenbedingungen und Reformbedarf.

Einleitend stellt Heiko Körner dar, wie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entstand. Er folgt dabei einem strukturellen Erklärungsansatz, welcher davon ausgeht, dass es vor allem die Zeitumstände waren, welche Mitte der 1940er Jahre die Entwicklung und Ausformung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft geprägt haben. Der geistige Spannungsbogen reicht dabei von W. Eucken über A. Müller-Armack und L. Erhard bis zu F. Böhm und A. Rüstow. Der Autor zeigt aber auch, dass die Wurzeln dieses Konzepts weiter zurückreichen: bis in die 1920er Jahre. Nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs entwickelte sich in Deutschland – neben der kommunistischen und der faschistischen Ideologie – im Rahmen liberaler und demokratischer Ansätze die Vorstellung

eines »Dritten Weges« der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Gleichwohl kam es »aus pragmatischen Gründen« nach 1945 in Westdeutschland zu keinem wirklichen Neuanfang, sondern zu einem Rückgriff auf »vorhandene Konfigurationen« (S. 27). Große wirtschaftliche Interessengruppen behielten ihren Einfluss auf die Politik, was die »wohlstandstiftende Konsumentenfreiheit« verminderte, die »leistungsgerechte Verteilung des Wohlstands« verhinderte sowie Freiheit und Gerechtigkeit gefährdet. So erscheint das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bis heute eher als Aufgabe denn als Realität. Ein wichtiger Teilbereich der Sozialen Marktwirtschaft war von Beginn an die Einkommens- und Vermögensverteilung, ein Thema, dem der Beitrag von Richard Hauser gewidmet ist. Er zeigt hierin, wie sich die Verteilung der Einkommen und Vermögen seit 1969 verändert hat, welche Strukturverschiebungen eingetreten sind, welche Umverteilungswirkungen vom Staat ausgingen und wie sich Reichtum und Armut heute darstellen. Bemerkenswert ist, dass der Autor die aktuellen deutsch-deutschen Diskrepanzen sehr klar herausarbeitet und als Ursache dafür unter anderem die Restitutionsregelungen von 1990 und die Bereicherung Westdeutscher im Zuge der Wiedervereinigung benennt (S. 61).

Im zweiten Teil schreibt Siegfried Hauser über die ökonomische und soziale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft. Auch dieser Beitrag ist grundsätzlich kritisch angelegt. Er enthält viele Aussagen, die sich gegen eine »reine« Marktwirtschaft als vermeintlich effizientere Variante des Kapitalismus richten. Demgegenüber hält der Autor an den »Werten« der Sozialen Marktwirtschaft fest. Es folgt eine comparative Analyse europäischer Wohlfahrtsstaatsmodelle. Ziel des Beitrages ist es, die Bedingungen für die Zukunftsfähigkeit des kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaates aufzuzeigen. Hieran schließen sich Aufsätze zur Europäischen Integration, zum Globalisierungsdruck und zur Wettbewerbspolitik an. Der letzte Teil schließlich enthält vier Beiträge, die den Reformbedarf der Sozialen Marktwirtschaft erkunden. Im Zentrum steht die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, wozu Christian Igel und Eberhard Wille fundierte Überlegungen an-

stellen und Vorschläge unterbreiten. Thomas Beissinger erweitert die Fragestellung und formuliert generelle Anforderungen an eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung. Dabei räumt er gesamtwirtschaftlich agierenden Institutionen wie der Europäischen Zentralbank und dem Staat breiten Raum ein. Wesentlich für einen Erfolg sei die Nachfragesteuerung, schreibt er. Der Autor vertritt damit einen makroökonomischen Ansatz, der in der jüngeren Vergangenheit eher eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Für einen Paradigmenwechsel in dieser Frage sieht er vor allem drei Gründe: *erstens* den neuklassischen Erklärungsansatz, wonach staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen durchaus zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt beitragen können, *zweitens* den empirischen Nachweis von Lohn- und Preisrigiditäten und *drittens* die Tatsache, dass der Rückgang der Volatilität von Output und Inflation auf eine erfolgreich durchgeführte Geldpolitik zurückzuführen sind (S. 318).

Peter Koslowski arbeitet im folgenden Beitrag heraus, warum es in einer Sozialen Marktwirtschaft »Konsensillusionen« gibt und wie man damit umgehen sollte. Als Beispiel dafür wählte er die gesetzliche Rentenversicherung. Im abschließenden Beitrag wendet sich Michael von Hauff der übergreifenden Frage zu, wie die Soziale Marktwirtschaft zur nachhaltigen Marktwirtschaft weiter entwickelt werden kann. Bisher, so der Autor, stehen beide Begriffe unverbunden nebeneinander. Für die Zukunft wird es aber unabdingbar, beide miteinander zu verbinden. Dies kann nur über den zentralen Begriff der Nachhaltigkeit erfolgen. Bei dem Leitbild »Nachhaltige Entwicklung« handele es sich um ein zukunftsorientiertes Leitbild, welches nicht gegen die Wirtschaft ausgespielt werden kann, sondern im Einklang mit ökonomischem Wachstum und sozialer Sicherung stehe. Dies lässt sich anhand des Begriffs »Nachhaltige Marktwirtschaft« demonstrieren.

ULRICH BUSCH

Jaap Sleifer:
Planning Ahead and Falling Behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1936-2002
 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 8),
 Akademie-Verlag Berlin 2006,
 239 S. (69,90 €)

DDR und Bundesrepublik standen vier Jahrzehnte im Wettbewerb. Jeder Staat behauptete von sich, dass er das bessere Deutschland darstelle. Das galt für die Politik ebenso wie für die Ökonomie. Den Wettlauf gewinnen würde das Land mit dem höheren Wachstum und der größeren Effizienz des Wirtschaftens. Beides leisten zu können beanspruchte die Planwirtschaft der DDR ebenso für sich wie die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik.

Es ist daher kein Wunder, dass Wachstums- und Produktivitätsvergleiche zwischen beiden deutschen Staaten seit Anfang der 1950er Jahre zum ständigen Repertoire der Wirtschaftswissenschaftler bzw. Wirtschaftshistoriker gehörten. Derartige Vergleiche wurden auch in den 1990er Jahren fortgesetzt, nachdem alle Auf- und Einholversuche der DDR gescheitert waren und der kühne DDR-Slogan von Ende der 1960er Jahre – »Überholen ohne einzuholen« – rückblickend nur noch als blanker Hohn empfunden werden konnte. Nunmehr interessierten mehr noch als zuvor die Ursachen für das Zurückbleiben der DDR und jene Zeiträume, in denen der Ausgang des Rennens bereits vorentschieden wurde.

Sleifer untersucht Arbeitsproduktivität und Wachstum in Ostdeutschland im Bereich von Industrie, Landwirtschaft, öffentlichen Versorgungsbetrieben, Bauwirtschaft sowie Transport- und Kommunikationswesen und vergleicht die Entwicklung im mittleren Teil des Deutschen Reiches, in der DDR und in den neuen Bundesländern mit den Fortschritten, die auf gleichen Gebieten im westdeutschen Raum erzielt wurden.

Die bisherigen Antworten der Wirtschaftshistoriker auf die Frage nach den Ursachen des bleibenden DDR-Rückstandes gehen in

zwei Richtungen: Die einen meinen, dass vor allem die schlechten Startbedingungen Ostdeutschlands nach dem Kriege (Demontagen, Reparationslieferungen an die Sowjetunion aus der laufenden Produktion) die wichtigste Ursache für den (sich als nicht aufholbar erweisenden) Rückstand der DDR-Wirtschaft bildeten, die anderen sind der Auffassung, dass die Einführung der Planwirtschaft die Hauptschuld am Zurückbleiben der DDR trug – und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik den dortigen wirtschaftlichen Aufschwung, als Wirtschaftswunder bekannt, verursachte. Sleifer bleibt bei seiner Analyse betont sachlich, vermeidet Emotionalität. Seine Antwort ist weniger explizit, um so mehr jedoch aus dem von ihm berechneten statistischen »Langen Reihen« ablesbar.

Der Autor unterteilt den von ihm gewählten Untersuchungszeitraum 1936-1992 in drei Perioden: 1936-1950, 1951-1989 und 1990-1992. Er stellt fest, dass der größte Abfall des ostdeutschen Wirtschaftsniveaus gegenüber Westdeutschland in die erste Periode fällt, die Krieg und Nachkrieg umfasst. Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland, die vor dem Krieg nur ein paar Prozentpunkte zugunsten Ostdeutschlands betragen hatte, vergrößerte sich in der Nachkriegszeit zugunsten Westdeutschlands auf fast 50 Prozent. Ein zweites »starkes Absinken« des ostdeutschen im Vergleich zum westdeutschen Bruttoinlandsprodukt geschah in der dritten Periode. Im Jahre 1991 belief sich das ostdeutsche Bruttosozialprodukt je Kopf und auch je Erwerbstätigen auf nur noch 31 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Doch wie verlief der ökonomische Wettbewerb in den Jahren zwischen 1950 und 1989? Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf entwickelte sich die ostdeutsche Wirtschaft nicht schlecht. »Sie fiel relativ nur ein wenig im Vergleich zum westdeutschen Niveau. Es blieb ziemlich konstant bei etwa 56 %«, schreibt Sleifer (S. 52)

Dieses Ergebnis steht ganz im Gegensatz zur Mainstream-Auffassung, dass das Zurückbleiben Ostdeutschlands vor allem »systembedingt«, d.h. auf die »falsche« Wirtschaftsordnung zurückzuführen war. Zwischen 1945 und 1948 gab es bei der Durchsetzung der Bewirt-

schaftung keine substanziellen Unterschiede im Wirtschaftssystem der Zonen, genauso wenig wie zwischen 1936 und 1945. Geht man davon aus, dass sich Soziale Marktwirtschaft im Westen und »Sozialistische Planwirtschaft« im Osten etwa 1952 endgültig durchgesetzt hatten, dann fällt die für Ostdeutschlands Wirtschaftsentwicklung am ungünstigsten verlaufende Periode in eine Zeit, da Plan- bzw. Marktwirtschaft noch nicht bzw. erst in ihren Anfängen wirksam waren. Die Begründung mit dem falschen oder richtigen Wirtschaftssystem ist also kaum nachweisbar. Das trifft auch für die zweite »Einbruchperiode« 1990-1992 zu, in der sich in der DDR bzw. Westdeutschland nicht mehr Plan- und Marktwirtschaft gegenüberstanden, sondern in der sich in Ostdeutschland mittels Schocktherapie der Übergang von der einen zur anderen Wirtschaftsform vollzog.

Wirklich voll entwickelt standen sich die beiden Wirtschaftssysteme in Deutschland in der mittleren Periode gegenüber. In diesen fast 40 Jahren gelang es der Planwirtschaft allerdings durch Produktivitätszuwachs und Integration eines immer größeren Teil der Bevölkerung – vor allem der weiblichen – in den Wirtschaftsprozess beim Wachstum, mitzuhalten, d. h. eine Vergrößerung des Rückstandes im Großen und Ganzen zu verhindern. Das ist zwar angesichts der diversen Auf-, Ein- und Überholprogramme der Ulbrichtzeit kein erwünschtes Ergebnis gewesen, aber doch eines, die mit der These, dass die wachsenden Divergenzen im Produktivitätsniveau beider deutscher Staaten bzw. Regionen »vor allem systembedingt« waren, nicht in Einklang zu bringen. Sleifer kennt natürlich die »Mainstream«-Ansichten der bundesdeutschen Wirtschaftshistoriker, zitiert sie auch – und belässt es dabei. Vielleicht wäre es eine Überforderung mit diesem hauptsächlich dem empirischen Nachweis wirtschaftlicher Entwicklung gewidmeten Buch, auch noch in die Debatte um die »Ursachen des Untergangs der DDR« einzusteigen. Der engagierte Leser aber wird dies tun.

Die gewisse Unempfindlichkeit des empirisch forschenden Holländers gegenüber den in der heutigen Bundesrepublik propagierten Erkenntnissen über die DDR hat auch ihre erstaunlichen Seiten. So erfährt der Leser aus

Sleifers Untersuchungen, dass sich das ostdeutsche »Humankapital« auf höherem Niveau als das westdeutsche befand (S. 55), dass der »ostdeutsche Plattenbau« zu einer deutlichen Erhöhung der Arbeitsproduktivität führte und weil er den Hausbau »billiger und schneller« machte, wesentlich zum höheren Produktivitätswachstum im ostdeutschen Bauwesen gegenüber dem westdeutschen ab den 1970er Jahren beitrug (S. 130).

Abschließend, nachdem der Autor das ost- und westdeutsche Wirtschaftswachstum zwischen 1990 und 2002 analysiert hat, stellt Sleifer die Frage nach den zukünftigen Auf- und Einholbedingungen der ostdeutschen Region im vereinigten Deutschland. Seine Antwort ist ernüchternd. Sich auf das für eine alle Wirtschaftsbereiche umfassenden empirischen Analyse anbietende wirtschaftswissenschaftliche Theorienmodell von Zentrum und Peripherie stützend, stellt er fest, »dass es deutliche Anzeichen dafür gibt, dass Ostdeutschland auf dem Weg zu einer peripheren Region ist« (S. 154) – womit die Hoffnungen auf ein einmal in Zukunft zu erreichendes gleiches Entwicklungsniveau in einem Land und im selben marktwirtschaftlichen System schlichtweg gegenstandslos werden, sofern es keine grundlegenden Änderungen in der seit 1990 ganz nach westdeutschen Muster gestalteten Wirtschaft Ostdeutschlands geben wird.

Sleifers Buch gehört zu jenen, die zum tiefen Nachdenken anregen. Den Herausgebern des »Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte« ist es zu danken, dass dieser auf der Dissertation des Autors beruhende Band – in Englisch – der historischen Forschung in Deutschland zur Verfügung steht. Die Verleihung des Renè-Kuczynski-Preises 2007 für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an den Autor zeugt von der positiven Aufnahme, die Sleifers Buch in Fachkreisen bereits gefunden hat.

JÖRG ROESLER

**Joachim Mitdank:
Die Berlin-Politik zwischen
17. Juni 1953, dem Viermächte-
abkommen und der Grenzöffnung
1989 – Erinnerungen eines
Diplomaten, trafo-Verlag
Berlin 2003, br., 337 S. (29,80 €)**

Es ist jetzt fast 30 Jahre her, dass Finnlands Staatspräsident Dr. Urho Kekkonen am 1. September 1978 den DDR-Botschafter Dr. Joachim Mitdank zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens empfing. Das sind in der Diplomatie immer wieder bewegende Momente. Mitdank erinnert sich heute noch daran. Aber auch, daß Dr. Kekkonen nach dem offiziellen Begrüßungszeremoniell den DDR-Botschafter mit einer mehr oder weniger undiplomatischen Frage überraschte: »Was macht Rosi?«

Jetzt hat sich Mitdank in seinem neuen Buch über »Die Berlin-Politik...« wieder an das Gespräch erinnert. Der finnische Staatspräsident, der auch in Deutschland als finnischer Landesmeister im Hochsprung bekannt war, erinnerte sich seinerseits an die damals sehr populäre DDR-Leichtathletin Rosi Ackermann, die er bei seinem Staatsbesuch in der DDR 1977 im Trainingszentrum Kienbaum vor den Toren Berlins kennenlernte. Rosi Ackermann berichtete damals dem finnischen Staatspräsidenten von ihren Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele. Was Mitdank nicht wußte, erzählte ihm der Präsident schmunzelnd: Er habe ihr versprochen, wenn sie in Moskau Gold oder eine andere Medaille schafft, werde er sie ihr persönlich überreichen.

Die Berlin-Problematik und damit der Status von Berlin spielte auch in den internationalen Beziehungen der DDR eine große Rolle. Im Gegensatz zum schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme setzte sich Dr. Urho Kekkonen über die Bedenken der West-Alliierten zu seinem Berlin-Besuch hinweg.

Mitdank berichtet in seinem Buch über den Besuch des hohen Gastes in Berlin-Marzahn und Hellersdorf, zwei Neubaugebieten die im Wohnungsbauprogramm der DDR eine große Rolle spielten. In diesem Zusammenhang sei

erwähnt, dass die finnische Firma Partek OY mit den zuständigen Außenhandelsorganen einen Vertrag über den Bau eines Betriebes zur Produktion von Fertigteilen für den Wohnungsbau abgeschlossen hatte. Nach der Wende im Jahre 1990 wurden im Rahmen des so genannten Aufbau Ost und der damit verbundenen Zweckkampagne zur »Delegitimierung« der DDR viele Plattenbauten wieder abgerissen.

Joachim Mitdank war vor seiner Tätigkeit in Finnland von 1968 bis 1978 Leiter der Abteilung Westberlin im Berliner Außenministerium. In dieser Eigenschaft war er federführend als Experte und Beauftragter der Regierung der DDR an Verhandlungen mit dem Westberliner Senat beteiligt. In seinem Buch berichtet er über die vielen Gespräche mit Senatsvertretern im Vorfeld des Berlin-Abkommens, dem Transit-Abkommen, über das von der DDR vorgeschlagene Passierschein-Abkommen, über den Gebietsaustausch, die Berlin-Krise und die Querelen mit dem Partner in Westberlin und der Regierung der Bundesrepublik in Bonn.

Mitdank beschreibt auch, wie solche Abkommen vorbereitet wurden. So ließ eine Erklärung des neuen USA-Präsidenten Richard Nixon am 27. Februar 1969 in Westberlin erkennen, dass in den Führungskreisen der USA die Bestrebungen wuchsen, mit der UdSSR in der Berlin-Frage Kontakte herzustellen und möglicherweise Verhandlungen aufzunehmen. Für den damaligen Außenminister Otto Winzer war das Anlass genug, der sowjetischen Führung den Standpunkt der DDR hinsichtlich möglicher Verhandlungen schriftlich darzulegen. Gemeinsam mit Staatssekretär Michael Kohl erhielt Joachim Mitdank den Auftrag, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten. Der DDR ging es derzeit darum, den Status Westberlins, als eine nicht zur BRD gehörende politische Einheit zu wahren.

Zwei Aspekte galt es in einem Non-paper für Breshnew herauszuarbeiten: Es mussten Vereinbarungen her, die die Benutzung der Verkehrswege der DDR durch Bürger anderer Staaten, vor allem aus der BRD nach Westberlin, regelten. Dabei durften die Rechte der Westalliierten nicht verletzt und beschädigt werden. Zum anderen kam es darauf an, bei etwaigen Verträgen der Regierung der DDR

mit dem Senat von Westberlin den Bonner Alleinvertretungsanspruch auszuschalten. Der DDR ging es auch darum, dass sie ihre Pflichten als Mitglied des Warschauer Vertrages erfüllen konnte. Kohl und Mitdank haben im April 1969 eine solche Version in Moskau übergeben. Damit wurden die Verhandlungen auf den Weg gebracht.

Die Beziehungen zur Hegemonialmacht Sowjetunion spielten immer die erste Rolle in der DDR-Außenpolitik. Sie war auf Gedeih und Verderb den Launen und politischen Absichten der Führung Moskaus ausgeliefert. Das wurde auch bei Wirtschaftsverhandlungen der DDR im Juli 1969 sichtbar. Ministerpräsident Willi Stoph, der die Verhandlungen in Vertretung des erkrankten Walter Ulbricht leitete, schlug der sowjetischen Seite vor, den ständig steigenden Bedarf der DDR-Wirtschaft an Walzstahl, Aluminium, Erdöl, Buntmetallen und Zellstoff durch zusätzliche Exporte in die DDR zu erhöhen. Statt die Importwünsche der DDR zu befriedigen, erklärte Breshnew, »das die erbetenen Lieferungen von Erdöl, Erdgas, Walzstahl, Aluminium, Kautschuk, Kupfer u. a.« um die Hälfte gekürzt werden müssen. Breshnew begründete diese Entscheidung mit der angespannten wirtschaftlichen Situation der Sowjetunion, wachsenden Militärausgaben und der Unterstützung anderer kleinerer Staaten. Mit diesem Ausgang der Verhandlungen erlitt Ulbricht eine schwere Niederlage. Tatsächlich leitete Breshnew eine Neuorientierung der Außenhandelspolitik seines Landes ein. Ihm ging es darum durch verstärkte Exporte, z. B. von Erdöl, in westliche Länder die Deviseneinnahmen seines Landes beträchtlich zu erhöhen. Zur Unterstützung dieser Politik richtete der sowjetische Geheimdienst KGB schon 1968 einen »Geheimen Kanal« zwischen Moskau und Bonn ein. Die geheimen Verhandlungen liefen zwischen dem KGB-General Wjatscheslaw Kewerkow und dem BRD-Staatssekretär Egon Bahr. Welche Rolle dabei der damalige BRD-Außenminister Willy Brandt spielte, ist noch nicht exakt erforscht worden. Der besuchte inkognito in der Nacht vom 18. Juni zum 19. Juni 1968 den sowjetischen Botschafter in Ostberlin, Pjotr Abrassimow. Über dieses Treffen wurde äußerstes Stillschweigen vereinbart, so dass

auch die DDR Führung davon nichts erfuhr. Zeichnete sich schon hier ein Komplott gegenüber Walter Ulbricht ab?

Erst im Juli 1970 fand hierzu eine bedeutende Unterredung zwischen Breshnew und Honecker in Moskau statt. Die Führung der KPdSU war schon lange der Auffassung, dass die DDR-Führung an der Sowjetunion vorbei regieren wolle. Breshnew soll, wie Mitdank berichtet, ganz offen Honecker mit den Worten gedroht haben: »Wir haben doch Truppen bei Euch.« In diesem Gespräch wurden auch Standpunkte über die Rolle Ulbrichts ausgetauscht. Breshnew habe Honecker offen zu verstehen gegeben, dass er nach Ulbricht die Partei leiten solle und hinzugefügt: »Die Frage ist entschieden.«

Spätestens seit diesem Zeitpunkt, so konstatiert Mitdank, begann Breshnew mit Unterstützung von Erich Honecker ein Komplott zum Sturz von Ulbricht zu organisieren.

Der Sturz von Walter Ulbricht, dem 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, vollzog sich im Mai 1971 während eines Vier-Augen-Gesprächs Honecker-Ulbricht in dessen Sommersitz Döllnsee. Honecker erschien dort mit einem Trupp Personenschützern. Die besetzten vor dem Gespräch der beiden Politiker, mit Maschinenpistolen bewaffnet alle Zugänge, besetzten alle Tore der Residenz und kappten sämtliche Nachrichtenverbindungen. Honecker habe Ulbricht ein vorbereitetes Rücktrittsgesuch vorgelegt, das dieser resignierend nach einer einhalbstündigen »Aussprache« unterschrieb.

Nach seinem vierjährigen Aufenthalt in Finnland übernahm Mitdank im Berliner Außenministerium die Abteilung Nordeuropa. Eine seiner ersten größeren Aufgaben war die Vorbereitung des Staatsbesuchs den finnischen Präsidenten Mauno Koivisto. Der Status von Berlin spielte für Mauno Koivisto überhaupt keine Rolle. Ging es doch darum, vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR zu vertiefen. Präsident Koivisto beauftragte den finnischen Botschafter in der DDR, vorbereitende Gespräche mit den DDR-Spitzen zu führen. Der Botschafter erbat sich ein Gespräch mit dem Wirtschaftssekretär des ZK der SED, Günter Mittag. Mittag lehnte ab. Joachim Mitdank suchte andere Wege, um dem finnischen Botschafter inhaltvolle Ge-

sprache zu ermöglichen, nicht ohne seinen Unmut über die Haltung von Mittag kund zu tun. Den Hinweis der finnischen Botschaft, dass durch bürokratische Schwierigkeiten bei der Visaerteilung die Einreise von Finnen in die DDR Probleme bei der Marktbearbeitung entstanden, griff Mitdank auf: Er schlug seinem Minister vor, ein Abkommen über Visa-freiheit vorzubereiten. Dem stimmte Außenminister Oskar Fischer zu und holte sich die Zustimmung von Erich Honecker. Im April 1987 begannen entsprechende Verhandlungen in Helsinki. Mitdank darüber: »Die finnischen Kollegen verfügten über eine umfangreiche Praxis auf diesem Gebiet, so daß es möglich wurde, einen Vertragsentwurf in kurzer Zeit zu erarbeiten ...«. Am Ende des Besuchs von Präsident Mauno Koivisto wurde am 1. Oktober 1987 ein Abkommen über Visafreiheit DDR – Finnland unterzeichnet.

Noch 1989 wurde Joachim Mitdank Botschafter in London und Dublin. Eines Tages wurde er von der britischen Seite gebeten, einen offiziellen Besuch des britischen Außenministers Douglas Hurd der Regierung der DDR vorzuschlagen. Im Januar 1990 begleitete Mitdank den Gast von Ministerpräsident Hans Modrow nach Berlin und Leipzig. Nach seinen Gesprächen mit Hans Modrow begleitete Mitdank den britischen Außenminister nach Leipzig. Leipzig war die Geburtsstadt von Joachim Mitdank. Gemeinsam mit seiner Begleitung besuchte Hurd auf eigenen Wunsch die Karl-Marx-Universität. Die Studenten des Anglistik-Instituts begrüßten den britischen Außenminister nicht nur in englischer Sprache, sondern führten auch in dessen Muttersprache eine einstündige Diskussion.

Auf der Rückreise nach London machte Hurd noch einmal Station in Berlin. Er besichtigte das Brandenburger Tor. »Wissen Sie«, sagte er zu Mitdank, »... über das System von Jalta ist viel geschrieben und gesprochen worden. Feststehen dürfte, das wir unter diesem System 40 Jahre recht friedlich und auch glücklich gelebt haben.« Und dann fügte er nachdenklich hinzu: »Jetzt müssen wir sehen, was kommt.«

Das Buch schließt eine Lücke in der Geschichtsschreibung. Es ist sehr gut lesbar, locker und zum Teil amüsant, aber auch sehr nachdenklich geschrieben.

Joachim Mitdank war viele Jahre Mitgestalter der Außenpolitik der DDR. Er lebt heute als Rentner in Berlin und wartet auf die von Helmut Kohl versprochenen »blühenden Landschaften« im Osten Deutschlands.

Und was macht Rosi heute? Sie wurde Geschäftsfrau. Im Land Mecklenburg-Vorpommern betreibt sie in einer Kleinstadt ein Sportartikelgeschäft.

FRANZ-KARL HITZE

Anika Walke:

Jüdische Partisaninnen.

Der verschwiegene Widerstand in der Sowjetunion. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte Bd. 37, Karl Dietz Verlag Berlin 2007, 189 S. (14,90 €)

Das Wesentliche dieser Publikation sind die Interviews, die Anika Walke mit acht Zeitzeuginnen aus Belorussland geführt hat, das letzte 2005. Die Frauen berichten von wichtigen Lebensabschnitten zwischen ihrer Kindheit und hohem Alter. Ihre Aussagen sind von durchweg hoher Emotionalität geprägt. Ausgehend von Erinnerungen an ihre Familien und an Kindheitserlebnisse berichten sie in bewegenden Einzelheiten über die drei Jahre ab Sommer 1941, in denen sie unter den Bedingungen der tagtäglich tödlichen Bedrohung durch die Vernichtungspolitik großdeutscher Okkupationsmacht zu leben gezwungen waren, durch die sie nahezu all ihre Familienangehörigen, jüdische Nachbarn und Freunde verloren haben. Entscheidend für ihre Wege in den Widerstand waren diese Erfahrungen, die sie in die Reihen der antifaschistischen Kämpfer führten. Sie bewährten sich in diesem Kampf, den sie bis zu ihrer und ihrer Heimat Befreiung führten. Schließlich berichten sie von jahrzehntelangen Erfahrungen des Verschweigens jüdischen Widerstands durch Behörden in der UdSSR und in den Nachfolgestaaten. Negative Erfahrungen brachten schließlich auch die jüngste Zeit hinsichtlich bescheidenster finanzieller Wiedergutmachung durch die BRD. Somit öffnet sich dem Leser ein Zeitfenster zwischen den 20er bzw. 30er Jahren

des vorigen und dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts.

Der respektvolle Umgang mit den schwer geprüften Gesprächspartnerinnen bewahrte die Autorin davor, deren Aussagen lediglich als »Steinbruch« für einen historischen Rückblick auszubeuten. Sie war jedoch nicht gut beraten, als sie die Aussagen der Zeitzeuginnen durch einen aufgesetzt wirkenden, sich psychologisierend und genderisierend, »wissenschaftlich« gebenden Text kommentierte. Dessen hätte es nicht bedurft. Begegnen uns die Interviewten doch als selbstbewusste Frauen, deren Weg in den Widerstand selbstbestimmt, und deren Bewährung im Widerstand die Folge ihrer ureigenen Entscheidungen war, deren Beweggründe sie klar und deutlich auszudrücken vermochten.

Ihr individuelles Erleben in den Ghettos von Minsk und kleineren Städten des Umlands, und ihre Erfahrungen mit den allzeit tödlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus deutscher Besatzer und deren örtlicher Helfershelfer, unter letzteren belorussische Polizisten oder (in den vormaligen polnischen Ostgebieten) auch hier operierende nationalistische Formationen der polnischen Heimarmee, sowie die Ausgrenzungen potentieller jüdischer Mitstreiter bei manchen legitimierten sowjetischen Partisaneneinheiten, führte bei den betroffenen Frauen zu Brüchen in der Erinnerung und den Interviews, wodurch mehrfaches plötzliches Schweigen beredt wurde.

In ihren Interviews schildern sie die Schwere ihres Partisanenlebens und die besonderen Schwierigkeiten für Frauen in diesem Kampf, an dem sie sich auf unterschiedliche Weise beteiligten; an militärischen Operationen, an der medizinischen Betreuung oder der Versorgung ihrer Mitstreiter in einem Kampf auf Leben und Tod, bei dem die Frauen eine letzte Kugel oder eine letzte Handgranate für sich selbst mit sich führten, um auf keinen Fall in die Hände der Besatzer zu fallen, von deren Grausamkeiten vielfaches Zeugnis abgelegt wird.

Verstecktem oder offenem Antisemitismus begegneten die jüdischen Partisaninnen bis in die Gegenwart. Er äußerte sich nach dem Krieg u. a. im partiellen Verschweigen des jüdischen Beitrags am antifaschistischen Kampf, im partei- wie staatsoffiziellen Ausschluss aus dem kollektiven Gedächtnis. Alle

Interviewpartnerinnen waren damit konfrontiert.

Der Epilog geht u. a. auf einige internationale Veröffentlichungen zum Partisanenkampf ein.

GERD KAISER